

Volkswirtschaft Kompakt



Nr. 85, 24. September 2015

Unternehmen im EU-Emissionshandel: Beeinflusst Klimapolitik ihre Wettbewerbsfähigkeit?

Autoren:

Dr. Caroline Dieckhöner, Telefon 069 7431-3854, research@kfw.de

Carlo Gallier (ZEW), Dr. Daniel Osberghaus (ZEW)

Die Ergebnisse der Carbon Edition des KfW/ZEW CO₂ Barometers 2015 zeigen, wie die regulierten Unternehmen den EU-Emissionshandel (EU-EHS) einschätzen: Die Zertifikatpreise sind im Vergleich zum Vorjahr zwar leicht gestiegen, aber immer noch zu niedrig, um ihnen echte Anreize zur CO₂-Vermeidung zu setzen. Gleichzeitig haben die Unternehmen differenzierte Einschätzungen zur nationalen und internationalen Klimapolitik und deren Auswirkungen auf ihre Wettbewerbsfähigkeit.

Kein Glaube an ein verbindliches Klima- abkommen in Paris ...

Neben den Preiserwartungen und Handelsaktivitäten wurden den Unternehmen im EU-EHS Fragen zu den anstehenden Klimaverhandlungen und zur Energiewende gestellt. Bei der anstehenden UN-Klimakonferenz in Paris soll ein verbindliches Klimaabkommen beschlossen werden. Die Unternehmen sind jedoch pessimistisch. So rechnen nur 15 % der antwortenden Unternehmen mit dem Abschluss eines verbindlichen internationalen Klimaabkommens auf der UN-Klimakonferenz in Paris.

... aber nationale Politik hat Einfluss auf Wettbewerbsfähigkeit

Ein negativer Einfluss auf die Wettbewerbsfähigkeit wird umso weniger erwartet, je größer der Kreis der Unternehmen ist, die von neuen Rahmenbedingungen betroffen sind: So erwarten 39 % der Unternehmen einen negativen Einfluss auf ihre Wettbewerbsfähigkeit durch ein globales Klimaabkommen. Dahingegen schätzen 53 %, dass der EU-Emissionshandel und 59 %, dass die deutsche Energiewende ihre Wettbe-

werbsfähigkeit beeinträchtigt. Diese Differenzierung zeigt sich besonders bei Unternehmen, die vergleichsweise stark im internationalen Wettbewerb stehen.

Die durch das EU-EHS regulierten Unternehmen wurden auch zu den Auswirkungen des gesunkenen Ölpreises befragt (siehe Grafik): Zwar gibt die Hälfte der antwortenden Unternehmen an, dass die Kosten ihres Unternehmens hierdurch gesunken sind, eine signifikante Steigerung ihrer Wettbewerbsfähigkeit und Gewinne wird jedoch nur von einer Minderheit (11 bzw. 14 %) erwartet. Mit steigenden CO₂-Emissionen durch den sinkenden Ölpreis rechnen kaum Unternehmen. Niedrige Ölpreise reichen anscheinend nicht aus, um die Produktion und damit den Energieverbrauch signifikant anzukurbeln.

Wichtige Standortfaktoren: Energie- und Arbeitskosten

Von mehr als der Hälfte der antwortenden Unternehmen im EU-EHS werden Energiekosten als wichtigster Wettbewerbsfaktor gesehen. Für etwa ein Viertel der Unternehmen sind die Arbeitskosten wichtigster Wettbewerbsfaktor. Steuern und andere Regulierung spielen eine vergleichsweise untergeordnete Rolle.

Vor allem die Strompreisentwicklung ist für die Hälfte der Unternehmen die maßgebliche Energiepreisentwicklung, für ein weiteres Drittel ist es die Gaspreisentwicklung. Die Preise weiterer fossiler Brennstoffe (Öl und Kohle) oder anderer Inputfaktoren sind nur untergeordnete Treiber.

Steigende Preiserwartungen für Strom, Öl, Gas und CO₂-Zertifikate

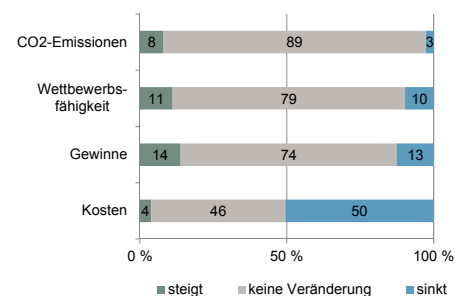
Für das nächste Jahr erwartet etwa die Hälfte der Unternehmen steigende Öl- und Strompreise und ein Drittel steigende Gaspreise. Nur um die 10 % der Unternehmen erwarten sinkende Preise für Öl, Gas und Strom. Immerhin knapp 20 % rechnen damit, dass die Kohlepreise sinken.

Bis Dezember 2016 erwarten die Unternehmen einen Anstieg der Zertifikatpreise auf ca. 9,82 EUR. Zum Dezember 2030 liegt dieser Wert bei über 25 EUR. Die Preiserwartungen liegen über den erfragten Schätzungen aus den Vorjahren, sodass eine Korrektur der Preiserwartungen nach oben zu beobachten ist.

Fazit

Die aktuellen CO₂-Zertifikatpreise setzen nach wie vor keine hinreichenden Anreize für signifikante CO₂-Minderungen, die nach EU-Angaben erst ab einem Preisniveau von rund 30 EUR/tCO₂ zu erwarten sind. Die im EU-EHS regulierten Unternehmen erwarten negative Auswirkungen auf ihre Wettbewerbsfähigkeit vor allem durch steigende Energiekosten, hier insbesondere bei Strom und Gas. Dabei werden die Wettbewerbswirkungen klimapolitischer Regulierung auf nationaler Ebene (Energiewende) kritischer gesehen als Maßnahmen auf internationaler Ebene (EU-EHS und UN-Klimaverhandlungen). ■

Grafik: Auswirkungen des sinkenden Ölpreises



Quelle: KfW/ZEW CO₂ Barometer 2015 – Carbon Edition.